Satzung

über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für die öffentlichen Verkehrsanlagen der Gemeinde Umpferstedt

Auf Grund des § 19 Absatz 1 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) und der §§ 2, 7 und 7a des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) erlässt die Gemeinde Umpferstedt folgende Satzung:

§ 1

Wiederkehrende Beiträge für Verkehrsanlagen

- (1) Zur anteiligen Deckung der Investitionsaufwendungen für die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen (Verkehrsanlagen) erhebt die Gemeinde Umpferstedt nach Maßgabe der Bestimmungen des ThürKAG und dieser Satzung in den in § 2 aufgeführten Gebietsteilen wiederkehrende Beiträge von denjenigen Grundstückseigentümern, Erbauberechtigten oder Inhabern eines dinglichen Nutzungsrechts im Sinne des Artikels 233 § 4 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche (EGBGB), denen die Möglichkeit der Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung besondere Vorteile bietet.
- (2) Die Satzung findet keine Anwendung auf Investitionsaufwendungen, für die Erschließungsbeiträge nach dem Baugesetzbuch (BauGB) zu erheben sind.

§ 2

Ermittlungseinheit

- (1) Sämtliche Verkehrsanlagen innerhalb der geschlossenen Ortslage der Gemeinde Umpferstedt bilden eine einheitliche öffentliche Einrichtung (Ermittlungseinheit), wie sie sich aus dem dieser Satzung als Anlage 1 beigefügtem Plan ergibt:
- (2) Der beitragsfähige Aufwand wird für die eine einheitliche öffentliche Einrichtung bildenden Verkehrsanlagen nach den jährlichen Investitionsaufwendungen in der jeweiligen Ermittlungseinheit nach Absatz 1 ermittelt.

§ 3

Beitragsfähiger Aufwand

- (1) Beitragsfähig sind insbesondere die Investitionsaufwendungen für:
 1. den Erwerb und die Freilegung der für die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung der Erschließungsanlagen benötigten Grundflächen (einschließlich der Nebenkosten),
 2. den Wert der von der Gemeinde aus ihrem Vermögen bereitgestellten Flächen zum Zeitpunkt der Bereitstellung (zuzüglich der Nebenkosten),
 3. die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung Der Fahrbahn,
 4. die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung von
 - a) Rinnen und Bordsteinen,
 - b) Radwegen,
 - c) Gehwegen,
 - d) Beleuchtungseinrichtungen,
 - e) Einrichtungen zur Oberflächenentwässerung der Straße,
 - f) Böschungen, Schutz- und Stützmauern,
 - g) Parkflächen,

h) unselbständigen Grünanlagen (Straßenbegleitgrün).

Dies gilt auch für Investitionsaufwendungen an Bundes-, Landes- oder Kreisstraßen, sofern die Gemeinde Träger der Straßenbaulast ist.

(2) Nicht beitragsfähig sind die Kosten

1. für die laufende Unterhaltung und Instandsetzung der Verkehrsanlagen,
2. für Hoch- und Tiefstraßen sowie für Straßen, die für den Schnellverkehr mit Kraftfahrzeugen bestimmt sind (Schnellverkehrsstraßen) sowie
3. für Brückenbauwerke, Tunnel und Unterführungen mit den dazugehörigen Rampen, mit Ausnahme des Aufwands für Fahrbahndecke und Fußwegbelag.

§ 4 Gemeindeanteil

Der Anteil der Gemeinde Umpferstedt am beitragsfähigen Investitionsaufwand beträgt in der Ermittlungseinheit : 44 v. H.

Der übrige Anteil des Aufwandes ist von den Beitragspflichtigen zu tragen.

§ 5 Gegenstand der Beitragspflicht

Der Beitragspflicht unterliegen alle im Gemeindegebiet gelegenen Grundstücke, welche die rechtliche und tatsächliche Möglichkeit einer Zufahrt oder eines Zugangs zu einer der in der einheitlichen öffentlichen Einrichtung zusammengefassten Verkehrsanlagen haben.

§ 6 Verteilung des umlagefähigen Aufwands (Beitragsmaßstab)

- (1) Der nach den §§ 3 bis 4 ermittelte Aufwand wird nach Maßgabe ihrer Flächen auf die Grundstücke verteilt, denen die Inanspruchnahmemöglichkeit der öffentlichen Einrichtung gemäß § 5 besondere Vorteile vermittelt. Dabei wird die unterschiedliche Nutzung der Grundstücke nach Art und Maß durch Vervielfachung der nach den Absätzen 2 bis 4 maßgeblichen Grundstücksfläche mit dem nach den Absätzen 5 bis 10 maßgeblichen Nutzungsfaktor berücksichtigt (Vollgeschossmaßstab).
- (2) Als Grundstücksfläche nach Absatz 1 gilt grundsätzlich der Flächeninhalt des Grundstücks im bürgerlich-rechtlichen Sinn. Ist ein vermessenes und im Bestandsverzeichnis des Grundbuchs unter einer eigenen Nummer eingetragenes Grundstück nicht vorhanden, so gilt die vom Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigten oder Inhaber eines dinglichen Nutzungsrechts im Sinne des Artikels 233 § 4 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) zusammenhängend genutzte Fläche als Grundstück. Soweit Flächen von Grundstücken baulich oder gewerblich nutzbar sind, richtet sich die Ermittlung des Nutzungsfaktors nach den Absätzen 5 bis 7. Für die übrigen Flächen – einschließlich der im Außenbereich gelegenen Flächen bzw. Teilflächen jenseits einer Bebauungsplangrenze, einer Tiefenbegrenzungslinie oder der Grenze einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB – richtet sich die Ermittlung des Nutzungsfaktors nach Absatz (8).
- (3) Als baulich oder gewerblich nutzbar gilt bei erschlossenen Grundstücken
 - a) die insgesamt oder teilweise im Geltungsbereich eines Bebauungsplans und mit der Restfläche innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils liegen, die Gesamtfläche des Grundstücks,

- b) die über die Grenzen des Bebauungsplans in den Außenbereich hinausreichen, die Fläche im Bereich des Bebauungsplans,
 - c) die im Bereich einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB liegen und bei Grundstücken, die über die Grenzen einer solchen Satzung hinausreichen, die Fläche im Satzungsbereich,
 - d) für die kein Bebauungsplan und keine Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB besteht
 - aa) wenn sie insgesamt innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils (§ 34 BauGB) liegen, die Gesamtfläche des Grundstücks,
 - bb) wenn sie mit ihrer Fläche teilweise im Innenbereich (§ 34 BauGB) und teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen, die Gesamtfläche des Grundstücks, höchstens jedoch die Fläche zwischen der Verkehrsanlage und einer Linie, die in einem gleichmäßigen Abstand von 31 m zu ihr verläuft; bei Grundstücken, die nicht an die Verkehrsanlage angrenzen oder lediglich durch einen zum Grundstück gehörenden Weg mit ihr verbunden sind, die Fläche zwischen der der Verkehrsanlage zugewandten Grundstücksseite und einer Linie, die in einem gleichmäßigen Abstand von 31 m verläuft,
 - e) die über die sich nach Buchst. b) oder Buchst. d) Doppelbuchst. bb) ergebenden Grenzen hinaus bebaut oder gewerblich genutzt werden, die Fläche zwischen der Verkehrsanlage bzw. im Fall von Buchst. d) Doppelbuchst. bb) der der Verkehrsanlage zugewandten Grundstücksseite und einer Linie hierzu, die in dem gleichmäßigen Abstand verläuft, der der übergreifenden Bebauung oder gewerblichen Nutzung entspricht.
- (4) Bei erschlossenen Grundstücken, die
- a) nicht baulich oder gewerblich, sondern nur in vergleichbarer Weise nutzbar sind (z.B. Friedhöfe, Sportplätze, Dauerkleingärten) oder innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils so genutzt werden, oder
 - b) ganz oder teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen oder wegen entsprechender Festsetzung in einem Bebauungsplan nur in anderer Weise nutzbar sind (landwirtschaftliche Nutzung)
- ist die Gesamtfläche des Grundstücks bzw. die Fläche des Grundstücks zugrunde zu legen, die von den Regelungen in Absatz 3 nicht erfasst wird.
- (5) Zur Berücksichtigung des unterschiedlichen Maßes der Nutzung wird die Fläche von Grundstücken, die baulich oder gewerblich nutzbar sind (Absatz 3) vervielfacht mit
- a) 1,0 bei einer Bebaubarkeit mit 1 Vollgeschoss,
 - b) 1,3 bei einer Bebaubarkeit mit 2 Vollgeschossen,
 - c) 1,5 bei einer Bebaubarkeit mit 3 Vollgeschossen,
 - d) 1,6 bei einer Bebaubarkeit mit 4 und 5 Vollgeschossen,
 - e) 1,7 bei einer Bebaubarkeit mit 6 und mehr Vollgeschossen.
- (6) Für Grundstücke, die ganz oder teilweise innerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes liegen, ergibt sich die Zahl der Vollgeschosse wie folgt:
- a) ist die zulässige Zahl der Vollgeschosse festgesetzt, aus der höchstzulässigen Zahl der Vollgeschosse;
 - b) sind nur Baumassenzahlen festgesetzt, gilt als Zahl der Vollgeschosse die Baumassenzahl geteilt durch 3,5 (wobei Bruchzahlen unter 0,5 auf die vorausgehende volle Zahl abgerundet und solche ab 0,5 auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet werden);
 - c) ist nur die zulässige Gebäudehöhe festgesetzt, gilt als Zahl der Vollgeschosse in Gewerbe-, Industrie- und Sondergebieten im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO die höchstzulässige Höhe geteilt durch 3,5, in allen anderen Gebieten die höchstzulässige Höhe geteilt durch 2,6 (wobei Bruchzahlen unter 0,5 auf die vorausgehende volle Zahl abgerundet und solche ab 0,5 auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet werden); dies gilt in gleicher Weise auch für den Fall, dass sowohl die zulässige Gebäudehöhe als auch gleichzeitig eine Baumassenzahl

festgesetzt ist;

- d) dürfen nur Garagen oder Stellplätze errichtet werden, gilt die Zahl von einem Vollgeschoss je Nutzungsebene;
- e) ist gewerbliche oder industrielle Nutzung ohne Bebauung festgesetzt, gilt die Zahl von einem Vollgeschoss.

Ist tatsächlich eine höhere als die festgesetzte Zahl der Vollgeschosse vorhanden oder zugelassen, so ist diese zugrunde zu legen; dies gilt entsprechend, wenn die zulässige Baumassenzahl oder die höchstzulässige Gebäudehöhe überschritten wird.

- (7) Für Grundstücke außerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes oder für Grundstücke, für die ein Bebauungsplan die Zahl der Vollgeschosse, die Baumassenzahl oder die Gebäudehöhe nicht festsetzt, ergibt sich die Zahl der Vollgeschosse:
 - a) bei bebauten Grundstücken aus der Höchstzahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse; (Nebengebäude mit untergeordneter nicht gewerblicher Nutzung zählen als 1 VG)
 - b) bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken aus der Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse,
 - c) bei Grundstücken, auf denen keine Bebauung zulässig ist, die aber gewerblich genutzt werden können, wird ein Vollgeschoss zugrunde gelegt,
 - d) bei Grundstücken, auf denen nur Garagen, Stellplätze oder Funktionalgebäude zulässig oder vorhanden sind, wird je Nutzungsebene ein Vollgeschoss zugrunde gelegt.
- (8) Für die Flächen nach Absatz 4 gelten als Nutzungsfaktoren bei Grundstücken, die
 - 1. aufgrund entsprechender Festsetzungen in einem Bebauungsplan nicht baulich oder gewerblich, sondern nur in vergleichbarer Weise nutzbar sind (z. B. Friedhöfe, Sportplätze, Dauerkleingärten) oder innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils so genutzt werden 0,5
 - 2. im Außenbereich liegen oder wegen entsprechender Festsetzungen in einem Bebauungsplan nur in anderer Weise nutzbar sind (z. B. landwirtschaftliche Nutzung), wenn
 - a) sie ohne Bebauung sind, bei
 - aa) Waldbestand oder wirtschaftlich nutzbaren Wasserflächen 0,0167
 - bb) Nutzung als Grünland, Ackerland oder Gartenland 0,0333
 - cc) gewerblicher Nutzung (z. B. Bodenabbau) 1,0
 - b) sie in einer der baulichen oder gewerblichen Nutzung vergleichbarer Weise genutzt werden (z. B. Friedhöfe, Sportplätze, Dauerkleingärten, Campingplätze ohne Bebauung) 0,5
 - c) auf ihnen eine Bebauung z.B. Wohnbebauung, Gartenhäuser, Garagen, Carports und Nebengebäude, landwirtschaftliche Hofstellen oder landwirtschaftliche Nebengebäude (z.B. Feldscheunen) vorhanden sind, für eine Teilfläche, die sich rechnerisch aus der Grundfläche der Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2 ergibt, mit Zuschlägen für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss entsprechend der Staffelung nach Absatz 5, für die Restfläche gilt Buchst. a) 1,0
 - d) sie gewerblich genutzt und bebaut sind, für eine Teilfläche, die sich rechnerisch aus der Grundfläche der Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2 ergibt, mit Zuschlägen für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss entsprechend der Staffelung nach Absatz 1,3

5, für die Restfläche gilt Buchst. a)

- e) sie gewerblich als Stellfläche oder Parkfläche genutzt werden 1,3
- f) sie ganz oder teilweise im Geltungsbereich einer Satzung nach § 35 Abs. 6 BauGB liegen, für die von der Satzung erfassten Teilflächen
 - aa) mit Baulichkeiten, die kleinen Handwerks- oder Gewerbebetrie- 1,3
ben dienen,
mit Zuschlägen für das zweite und jedes weitere tatsächlich
vorhandene Vollgeschoss entsprechend der Staffelung
nach Absatz 5,
 - bb) mit sonstigen Baulichkeiten oder ohne Bebauung 1,0
mit Zuschlägen für das zweite und jedes weitere tatsächlich
vorhandene Vollgeschoss entsprechend der Staffelung
nach Absatz 5,
für die Restfläche gilt Buchst. a).

- (9) Vollgeschosse sind Geschosse, deren Deckenoberkante im Mittel mehr als 1,40 m über die Geländeoberfläche hinausragt und die über mindestens zwei Drittel ihrer Grundfläche eine lichte Höhe von mindestens 2,00 m haben. Satz 1 gilt auch für Grundstücke in Gebieten, in denen der Bebauungsplan keine Festsetzungen nach § 5 Abs. 6 Buchst. a) bis c) enthält. Ist die Zahl der Vollgeschosse wegen der Besonderheiten des Bauwerks nicht feststellbar, so werden bei gewerblich oder industriell genutzten Grundstücken je angefangene 3,50 m und bei allen in anderer Weise baulich genutzten Grundstücken je angefangene 2,60 m Höhe des Bauwerks (Traufhöhe) als ein Vollgeschoss berechnet. Kirchengebäude werden stets als eingeschossige Gebäude behandelt.
- (10) Zur Berücksichtigung der unterschiedlichen Art der Nutzung werden die in Absatz 5 festgesetzten Faktoren um 0,3 erhöht:
- a) bei Grundstücken in durch Bebauungsplan festgesetzten Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten;
 - b) bei Grundstücken in Gebieten, in denen ohne Festsetzung durch Bebauungsplan eine Nutzung wie in den unter Buchst. a) genannten Gebieten vorhanden oder zulässig ist;
 - c) bei Grundstücken außerhalb der unter den Buchst. a) und b) bezeichneten Gebiete, die gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzt werden (so z. B. Grundstücke mit Büro-, Verwaltungs-, Bahn-, und Schulgebäuden), wenn diese Nutzung nach Maßgabe der Geschossflächen überwiegt. Liegt eine derartige Nutzung ohne Bebauung oder zusätzlich zur Bebauung vor, gilt die tatsächlich so genutzte Fläche als Geschossfläche.

§ 7 Beitragssatz

- (1) Der Beitragssatz wird nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Satzung aus den jährlichen Investitionsaufwendungen ermittelt.
- (2) Der wiederkehrende Beitrag beträgt je Quadratmeter gewichtete Grundstücksfläche in der Ermittlungseinheit
 - a) im Jahre 1999 0,48 EUR
 - b) im Jahre 2000 0,06 EUR

§ 8 Beitragspflichtige

- (1) Beitragspflichtig ist derjenige, der jeweils im Zeitpunkt des Entstehens der Beitragsschuld Eigentümer des Grundstücks, Erbbauberechtigter oder Inhaber eines dinglichen Nutzungsrechts im Sinne des Artikels 233 § 4 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche (EGBGB) ist. Ist das Grundstück mit einem Restitutionsanspruch belastet, ist derjenige beitragspflichtig, der im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer, Erbbauberechtigter oder Inhaber eines dinglichen Nutzungsrechts im Sinne des Artikels 233 § 4 des EGBGB ist.
- (2) Mehrere Beitragspflichtige sind Gesamtschuldner; bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihres Miteigentumsanteils beitragspflichtig.
- (3) Soweit der Beitragspflichtige der Eigentümer oder Erbbauberechtigte eines Grundstückes ist und dieser nicht im Grundbuch eingetragen ist oder sonst die Eigentums- oder Berechtigungslage ungeklärt ist, so ist derjenige beitragspflichtig, der im Zeitpunkt des Entstehens der Beitragspflicht der Besitzer des betroffenen Grundstücks ist. Bei einer Mehrheit von Besitzern ist jeder entsprechend der Höhe seines Anteils am Mitbesitz zur Abgabe verpflichtet.

§ 9 Auskunftspflichtig

Die Beitragspflichtigen sind verpflichtet, der Gemeinde alle zur Ermittlung der Beitragsgrundlagen erforderlichen Auskünfte zu erteilen, auf Verlangen geeignete Unterlagen vorzulegen und jeden Eigentumswechsel, jede Veränderung der Grundstücksfläche bzw. der Anzahl der Vollgeschosse sowie jede Nutzungsänderung anzuzeigen.

§ 10 Entstehung und Fälligkeit der Beitragsschuld, Vorausleistung

- (1) Die Beitragsschuld entsteht jeweils mit Ablauf des 31. Dezembers für das abgelaufene Kalenderjahr.
- (2) Der Beitrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.
- (3) Auf die Beitragsschuld können vom Beginn des Kalenderjahres an Vorauszahlungen verlangt werden. Die Vorausleistungen werden nach der voraussichtlichen Beitragshöhe für das laufende Jahr bemessen. Absatz 2 gilt entsprechend.
- (4) Der Beitragsbescheid enthält mindestens:
 1. die Bezeichnung des Beitrages,
 2. den Namen des Beitragsschuldners,
 3. die Bezeichnung des Grundstückes,
 4. den zu zahlenden Betrag,
 5. die Berechnung des zu zahlenden Betrages unter Mitteilung der beitragsfähigen Kosten, des Anteils der Gemeinde und der Berechnungsgrundlagen nach dieser Satzung,
 6. die Festsetzung des Fälligkeitstermins,
 7. die Eröffnung, dass der Beitrag als öffentliche Last auf dem Grundstück ruht, und
 8. eine Rechtsbehelfsbelehrung.
- (5) Die Grundlagen für die Festsetzung wiederkehrender Beiträge können durch besonderen Bescheid (Feststellungsbescheid) festgestellt werden.

§ 11 Überleitungsbestimmungen

Waren vor Inkrafttreten dieser Satzung für im Gemeindegebiet liegende Grundstücke Erschließungsbeiträge bzw. Ausgleichsbeträge nach dem Baugesetzbuch oder einmalige Beiträge nach § 7 ThürKAG entstanden, so bleiben diese Grundstücke bei der Ermittlung des wiederkehrenden Beitrages für die Ermittlungseinheit unberücksichtigt. Diese Grundstücke bleiben so lange beitragsfrei, bis die Gesamtsumme aus den einzelnen Jahresbeiträgen bei Veranlagung zum wiederkehrenden Beitrag den Betrag des entstandenen einmaligen Beitrages überschritten hätte, längstens jedoch auf die Dauer von 20 Jahren seit der Entstehung des einmaligen Beitrages. Soweit solche Beiträge erst nach Erlass dieser Satzung entstehen, gilt Satz 1 ab dem Jahr des Entstehens entsprechend.

§ 12 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt rückwirkend zum 31.12.1999 in Kraft.
- (2) Abweichend davon tritt § 7 Absatz 2 Buchstabe b) am 31.12.2000 in Kraft.
- (3) Gleichzeitig tritt die „Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für die öffentlichen Verkehrsanlagen der Gemeinde Umpferstedt“ vom 12.01.1996, die 1. Satzung zur Änderung der „Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für die öffentlichen Verkehrsanlagen der Gemeinde Umpferstedt“ vom 27.06.2000 sowie die 2. Satzung zur Änderung der „Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für die öffentlichen Verkehrsanlagen der Gemeinde Umpferstedt“ vom 24.11.2003 außer Kraft.

Umpferstedt, den 13.09.2013
Gemeinde Umpferstedt

J. Vogel
Bürgermeister

- Siegel-

Auflistung der Straßen in Umpferstedt nach Art der Straße

I. Anliegerstraßen

01	Am Sonnenberge	ohne Gehweg
02	Am Friedhof	ohne Gehweg
03	Am Sportplatz	Gehweg einseitig
04	Anger	Gehweg einseitig, teilweise
06	Brückengasse	Gehweg einseitig
07	Brunnengasse	Gehweg einseitig
09	Friedhofsgasse	Gehweg einseitig, teilweise
11	Graben	Gehweg einseitig
12	Hinter dem Gröbel	Gehweg einseitig, teilweise
13	Hinter den Gärten	ohne Gehweg
14	Im Gässchen	ohne Gehweg
15	In der Hohle	ohne Gehweg
16	In der Siedlung	Gehweg einseitig
18	Kirchgasse	Gehweg einseitig, teilweise
20	Krumme Gasse	ohne Gehweg
21	Mellinger Straße	Gehweg einseitig
22	Pfarrgasse	Gehweg beidseitig, teilweise
24	Schenkgasse	Gehweg beidseitig, teilweise
25	Schwabsdorfer Straße	Gehweg beidseitig, teilweise
26	Süßenborner Weg	Gehweg einseitig, teilweise

I. HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE

08	Dehnstedter Gasse	Gehweg beidseitig, teilweise
10	Gasthofgasse	Gehweg einseitig
19	Kirchplatz	ohne Gehweg
23	Safransgarten	Gehweg einseitig, teilweise
27	Teichstraße	Gehweg beidseitig, teilweise

III. Hauptverkehrsstraße

17	Jenaer Straße B7	Gehweg einseitig, teilweise
----	------------------	-----------------------------

Berechnung der Gemeindeanteils

a) Länge und Bestandteile der Straßen, sowie die von der Gemeinde zu tragenden Prozentsätze

Anliegerstraßen

Nr.	Fahrbahn		Gehweg					F
	Länge (m)	Breite (m)	einseitig	beidseitig	Länge (m)	Breite (m)		
1	205,00	3,30						
2	82,00	4,10						
3	122,00	3,80						
3			x		114,00	1,20		
4	413,00	5,00						
4			x		237,00	1,50		
6	90,00	5,70						
6			x		92,00	1,40		
7	95,00	5,00						
7			x		95,00	1,40		
9	159,00	4,70						
9			x		117,00	1,30		
11	290,00	5,20						
11			x		97,00	1,00		
11			x		112,00	1,10		
11			x		81,00	1,40		
12	420,00	4,70						
12			x		86,00	1,40		
12			x		150,00	1,10		
13	47,00	3,80						
14	68,00	4,30						
15	111,00	4,80						
16	158,00	4,20						
16			x		90,00	1,10		
16			x		68,00	1,50		
18	102,00	4,10						
18			x		32,00	1,60		
20	61,00	4,50						
21	144,00	3,80						
21			x		144,00	1,10		
22	56,00	5,00						
22			x		16,00	1,40		
22				x	28,00	2,80		
24	217	4,6						
24			x		217,00	1,50		
24			x		107,00	1,00		
25	155	6,6						
25			x		95,00	1,00		
25				x	32,00	2,20		
26	163	3,7						
26			x		145,00	1,50		
	Gesamt							1

Haupteerschließungsstraßen

Nr.	Fahrbahn		Gehweg				Fahrbahn	Fläche (m²)
	Länge (m)	Breite (m)	ein-seitig	beid-seitig	Länge (m)	Breite (m)		
8	98,00	6,70					656,60	
8			x		56,00	1,20	0,00	
8				x	38,00	2,40	0,00	
10	145,00	5,70					826,50	
10			x		150,00	1,35	0,00	
10	84,00	7,70					646,80	
10			x		75,00	1,80	0,00	
19	28,00	6,20					173,60	
23	404,00	5,10					2060,40	
23			x		116,00	1,50	0,00	
27	441,00	5,10					2249,10	
27			x		220,00	1,15	0,00	
27				x	215,00	3,00	0,00	
Gesamt							6.613,00	

Hauptverkehrsstraßen

Nr.	Fahrbahn		Gehweg				Fahrbahn	Fläche (m²)
	Länge (m)	Breite (m)	Ein-seitig	Beid-seitig	Länge (m)	Breite (m)		
17	373,00	12,00					4.476,00	
17			x		212,00	1,60	0,00	
Gesamt							4.476,00	

b) Berechnung der m² aller Bestandteile

	Gesamtfläche (m²)	Anteil Gemeinde (m²)
Anliegerstraße	17.422,20	5.084,06
Haupteerschließungsstraße	8.180,90	4.594,96
Hauptverkehrsstraße	4.815,20	3.716,48
Gesamt	30.418,30	13.395,50

c) Berechnung des Mischsatzes der Ermittlungseinheit

$$\frac{100 \% \times 13.395,50}{30.418,30} = \underline{\underline{44,04 \%}}$$

Damit beträgt der Gemeindeanteil 44%.

**Zusammenstellung der Investitionsaufwendungen in der Gemeinde Umpferstedt
für die Jahre 1999 und 2000**

Abrechnungsjahr 1999

Burgplatz

Anlage 01	Baukosten	284.008,47 DM	Walter Hebel Bau
Anlage 02	Planungskosten	<u>53.674,27 DM</u>	Büro Helk
	Gesamtkosten	337.682,74 DM	
		172.654,44 €	
Fördermittelbescheid DE 00583	./.	72.296,67 €	Fördermittel
		100.357,77 €	

Laut Satzung sind 56 % der Kosten umzulegen:

100.357,77 € x 56% = **56.200,35 € Beitrag für Burgplatz** (nach Abzug Fördermittel)

Brunnengasse

Anlage 03	Baukosten 1. Abschlag	41.112,57 DM	Walter Hebel Bau
Anlage 04	Baukosten 2. Abschlag	58.940,26 DM	Walter Hebel Bau
Anlage 05	Baukosten	1.030,73 DM	Deutsche Telekom
Anlage 06	Beleuchtung	175,62 DM	E.-Stahlbau Buttstädt
Anlage 07	Vermessung anteilig	1.749,00 DM	TRIGIS
Anlage 08	Anzeiger	<u>378,86 DM</u>	
	Gesamtkosten	103.387,04 DM	
		52.860,95 €	
Fördermittelbescheid DE 00726		keine Auszahlung in 1999	

Laut Satzung sind 56 % der Kosten umzulegen:

52.860,95 € x 56 % = **29.602,13 € Beitrag für Brunnengasse**

Nebenanlagen B7/B87

Anlage 09	Baukosten	93.850,38 DM	Streicher GmbH
Anlage 10	Baukosten	39.753,78 DM	Streicher GmbH
Anlage 11	Nachtrag	3.596,00 DM	Streicher GmbH
Anlage 12	Beleuchtung	4.611,46 DM	KBS GmbH
Anlage 13	Ing.-Leistungen	<u>12.006,51 DM</u>	Büro Peuker & Nebel
	Gesamtkosten	153.818,13 DM	
		78.645,96 €	

Laut Satzung sind 56% der Kosten umzulegen:

78.645,96 € x 56 % = **44.041,74 € Beitrag für Nebenanlagen B7/B87**

Beitragsfähiger Investitionsaufwand 1999

Burgplatz	56.200,35 €
Brunnengasse	29.602,13 €
Nebenanlagen B7/B87	<u>44.041,74 €</u>
	129.844,22 €

Berechnung des Beitragssatzes für das Jahr 1999

129.844,22 € / 269.672,93 m² gewichtete Grundstücksfläche = 0,48148777854 / m²

gerundet : 0,48 € / m² gewichtete anrechenbare Grundstücksfläche

Abrechnungsjahr 2000

Brunnengasse

Anlage 14	Baukosten Schluss	103.319,30 DM	Walter Hebel Bau
Anlage 15	Beleuchtung	1.478,11 DM	KBS GmbH
Anlage 16	Beleuchtung	581,69 DM	KBS GmbH
Anlage 17	<u>Ing.-Leistungen</u>	<u>9.683,33 DM</u>	Büro Helk Gesamtkosten
		135.062,43 DM	
		69.056,33 €	
Fördermittelbescheid DE 00726	./.	50.004,35 €	Fördermittel
		19.051,98 €	

Laut Satzung sind 56 % der Kosten umzulegen:

19.051,98 € x 56 % = **10.669,11 € Beitrag für Brunnengasse** (nach Abzug Fördermittel)

Nebenanlagen B7/B87

Anlage 18	Baukosten	4.588,46 DM	Streicher GmbH
Anlage 19	<u>Ing.-Leistungen</u>	<u>10.467,13 DM</u>	Büro Peuker & Nebel
	Gesamtkosten	15.055,59 DM	
		7.697,80 €	

Laut Satzung sind 56% der Kosten umzulegen:

7.697,80 € x 56 % = **4.310,77 € Beitrag für Nebenanlagen B7/B87**

Beitragsfähiger Investitionsaufwand 2000

Brunnengasse	10.669,11 €
Nebenanlagen B7/B87	<u>4.310,77 €</u>
	14.979,88 €

Berechnung des Beitragssatzes für das Jahr 2000

14.979,88 € / 269.672,93 m² gewichtete Grundstücksfläche = 0,05554832663 € / m²

gerundet : 0,06 € / m² gewichtete anrechenbare Grundstücksfläche